Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 259. | Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 5. November 1919. | Jahrgang 1.

Erhalte, Herr, mir frei den Blick,
Hinauf, hinein, vorwärts, zurück.
Hinauf, hoch über Gram und Schmerz,
Hinein in Dein erbarmend Herz,
Vorwärts auf der gegebnen Bahn
Zurück auf das, was du getan.
So halte Du mein Herz in Acht,
Bis ich mein Tagewerk vollbracht;
Und kommt der Abend, — hole Du
Durch Deinen Engel mich zur Ruh.

Anna Karbe.

Holländische Eindrücke.

„Oldenzaal! Paßrevision" — Es herrscht strenge Paßkontrolle an der holländischen Grenze. Die Einreise ist ungemein erschwert. Man will sich die vielen Esser und Bolschewisten vom Leibe halten. Das Erste mag gelingen, ob auch das Zweite? Wir steigen in den holländischen Zug ein. Alles sauber und bequem wie im Frieden, keine Überfüllung, pünktliche Ankunft. Unsere holländischen Freunde öffnen ihre Handtaschen. Da erscheint das herrlichste Weißbrot, Butter, Käse, alles im Überfluß. Und dieser erste Eindruck bleibt. Die Bahnen, alle Verkehrsmittel, die Autos und Fahrräder in ungeheueren Massen, alles im vortrefflichen Zustand. Die Häuser blitzeblank, nirgends spürt man Spuren des Krieges.

Und doch hat der Krieg auch Holland aufs tiefste heimgesucht. Der Zusammenbruch Rußlands, sein Staatsbankerott, hat zahlreiche holländische Familien um ihr Vermögen gebracht. So manches glänzende Anwesen mußte verkauft werden. Alter, vornehmer Reichtum ist verschwunden. Dafür macht sich überall das Kriegsgewinnlertum breit. Der Handel, der Schmuggel, das Schiebertum, der Wucher, sie haben auch hier ihren Triumph gefeiert, und jetzt protzen und prassen sie, und der holländische Vaterlandsfreund sieht mit Sorge in die Zukunft. Der Milliardensegen ist aber über das ganze Land ergangen. Überall läßt man sich's wohl sein und die Jugend, die auch in Holland vielfach die Väter vermißte, die im Felde standen, zeigt sich ebenso ungebärdig wie bei uns.

Die furchtbaren Friedensbedingungen haben viele aus ihrer Ententefreundschaft aufgeschreckt. Das immer mehr bekannt werdende Elend in Deutschland hat in Holland wirklich aufrichtige und was noch wichtiger ist, tätige Teilnahme erweckt. Was Holland an deutschen Kindern getan hat, das dürfen wir nie vergessen.

Im Anfang des Krieges hat sich die ganze Zuneigung der Holländer den Belgiern zugewendet. Über eine Million hat man aufgenommen und verpflegt mit Amerikas Hilfe, aber man wurde auf das allerbitterste enttäuscht. Die Enttäuschung ging in Erbitterung über, als nach Kriegsende die Belgier ihre politischen Ziele enthüllten: Herrschaft über die Scheldemündung und über Limburg. Mit allen Mitteln sucht man dagegen das holländische Volk mobil zu machen. Ein großes Volksfest, das alle holländischen Provinzen in Arnheim vereinigte, bildete den Schluß einer langen Reihe von Veranstaltungen durchs ganze Land. Es war gewissermaßen die friedliche Mobilmachung. Dicht dahinter stand die kriegerische. In allen Kreisen konnte man es hören: Verzicht Belgiens oder Krieg. Man war überzeugt, daß hinter Belgien Frankreich stecke. Aber man vertraute darauf, daß man England und Amerika hinter sich habe. Der konfessionelle Gegensatz spielt überdies hinein. So sieht man denn gespannt dem Ausgang der Pariser Verhandlungen entgegen, die nur sehr langsam sich fortbewegen und bei dem auch beiderseits die beiden Kolonialländer, das holländisch-indische und das belgisch-kongolesische eine Rolle spielen.

Ihr indisches Reich macht den Holländern augenblicklich schwere Sorge. Mohammedanische Wühlereien auf der einen Seite, japanische auf der andern, dazu immer stärker anschwellend eine sozialistische Bewegung unter den Eingeborenenen. Man kommt ihr deshalb in der Verwaltung entgegen. Man redet von einer Reise der Königin nach Indien und hofft davon ähnliche Erfolge, wie sie England durch die Reise des Prinzen von Wales und die Krönung des Königs in Indien erzielt hat. Und doch zeigt sich hier wieder die alte verhängnisvolle Sparsamkeit am unrechten Orte. Die Kosten dieser Reise sollen aus Privatmitteln aufgebracht werden. Gegenüber der japanischen Gefahr sucht Holland Rückendeckung bei England und Schutz bei Amerika und ist dadurch unbedingt dem angelsächsischen Machtbereich eingefügt. Das zeigt sich deutlich in dem wachsenden englischen Einfluß im Haag, in Amsterdam und Rotterdam. Holland orientiert sich nach Westen.

Das hindert nicht, daß gleichzeitig die Selbständigkeitsbestrebungen in Holland zunehmen. Schon versorgt es sich zu einem erheblichen Teil mit eigener Kohle. Aber auch die Industrie wächst. Sein Schiffsbau droht den Rhein künftig zu beherrschen, denn es fehlt nicht an Rohmaterialien. Bei dem gegenwärtigen Stand der Valuta kauft man überdies günstig in Deutschland. Der Gulden gilt über zehn Mark.

In der Seebevölkung zwar ist die Erbitterung gegen Deutschland noch sehr groß wegen der jahrelangen Lahmlegung ihrer Fischerei, wegen der Versenkung so vieler Boote und wegen des Verlustes von so vielen Menschen. In den Fischerdörfern findet man so viel Trauer, als ob Holland im Kriege gewesen wäre. Dem gegenüber wird die Entente und namentlich Amerika gerühmt. Sie hat wohl die Schiffe beschlagnahmt, aber wieder zurückgegeben, und Amerika hat derartige Mieten gezahlt, daß die holländischen Reeder sich vergnügt die Hände reiben. Trotzdem ist der holländische Kaufmann darauf bedacht, den Faden mit Deutschland wieder anzuknüpfen. Er hat Zutrauen zu unserer Zukunft, mehr als wir selbst. Die Leistung Deutschlands im Weltkriege hat auf alle Völker und besonders auf unsere kleinen Nachbarn einen überwältigenden Eindruck gemacht. „Deutschland ist ein Riese", sagte mir ein holländischer Finanzmann, „ein Riese, der jetzt vom Fieber geschüttelt wird, der aber auch nach seiner Krankheit und nach seiner Amputation ein Riese bleibt".

Die Stimmung in Holland gegenüber dem Kaiser ist kühl. Man bedauert ihn menschlich, hält aber seinen Sturz für nicht unverschuldet. Aber man ist auf jeden Fall gewillt, das Gastrecht zu verteidigen. Sollte die Entente die Auslieferung verlangen, so ist die überwältigende Mehrheit des holländischen Volkes für die glatte Ablehnung, und seit der Erklärung von Lansing glaubt man in Holland bestimmt, daß die Entente keinen Zwang ausüben werde, weil Amerika nicht will. Man hat nichts dagegen einzuwenden, wenn der Kaiser sich jetzt das Schloß Doorn mit seinem herrlichen Parke für 5 Millionen Gulden kauft und einrichtet. Man empfindet es als weitgehendes Entgegenkommen, daß die deutsche Regierung 56 Eisenbahnwaagen mit Möbeln und Kunstschätzen aus den königlichen Schlössern nach Doorn geschafft hat. Man erwartet, daß sich dort ein kleiner Hofhalt entwickeln werde.

Mit der Kaiserin hat man allgemein das tiefste Mitgefühl, und der Kronprinz genießt bei alt und namentlich jung große Beliebtheit. Mit der Rückkehr der Hohenzollern allerdings rechnet niemand. Man betrachtet Friedensvertrag und Verfassung als endgültig. Aber man glaubt an einen neuen Aufstieg eines neuen Deutschlands.

D. Jaeger.

Eine friedliche deutsche Invasion in England.

Von Heinrich Schloß, Bonn.

Es ist während des Weltkrieges und nach der Occupation der Rheinlande aus englischer Feder und aus englischem Munde über die deutsche Industrie manch herbes Wort geschrieben und gesprochen worden. Gerne wurde in ganz allgemeiner Form von deutschem trash, von deutschem Schund, geredet, wenn man sich über die Qualität der deutschen industriellen Ware äußerte. Aber kaum sind die Grenzen für die Einfuhr deutscher Waren wieder geöffnet, so strömen die englischen Einkäufer namentlich nach den Zentren der rheinisch-westfälischen Industrie, um Kleineisenwaren, Schneidwerkzeuge, Farbstoffe, Spielwaren und sogar Erzeugnisse der Textilindustrie einzukaufen. Und wir wissen genau, daß die jetzt bei uns eingekauften Waren drüben über dem Kanal willige Abnehmer finden. Wir wissen es aus dem Munde englischer Geschäftsleute und aus den stürmischen Äußerungen in der englischen Presse.

Die Einfuhr deutscher Waren findet drüben eine sehr geteilte Aufnahme. Die nationalistisch gerichtete Presse bläst scharf ins Horn gegen diesen Import, während die Blätter, die auf dem common sense, auf den gesunden Menschenverstand eingestellt sind, die Einfuhr mit einem heiteren und einem nassen Auge begrüßen. Sie sagen, man muß die Ware daher nehmen, woher man sie bekommen kann; und da in vielen Industriezweigen die englische Heimatindustrie den englischen Markt nicht ausreichend versorgen kann, so muß man diese Erzeugnisse eben bei den damed Germans kaufen, zumal sie die Ware billiger liefern, als man sie bei den englischen manufakturers derzeit kaufen kann. Wir sagen absichtlich derzeit, denn es ist der fürchterliche Stand der deutschen Valuta, der geringe Kursstand unserer deutschen Mark, der den absonderlichen Grund dafür bildet, daß die englischen Einkäufer augenblicklich in so großer Zahl nach dem Rhein kommen, der gegenwärtig den Zentralknotenpunkt für den neuentwickelten deutsch-englischen Handelsverkehr bildet. Es könnte zu einem ganz falschen Bilde bei den Ententemächten führen, wenn wir nicht mit besonderen Nachdruck in der deutschen Presse darauf hinweisen würden, daß die außerordentliche Konkurrenzfähigkeit, die sich derzeit für viele deutsche Industriezweige auf dem englischen Markt ergibt, überwiegend auf die ungeheure Valutadifferenz zwischen der deutschen Mark und dem englischen Schilling zurückzuführen ist.

Als wir kürzlich in einem Gesellschaftskreise rheinischer Industrieller und englischer Kaufleute die Meinung äußerten, daß der Friedensvertrag von Versailles unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt scharf beschnitten habe, hatten die rheinischen Industriellen nichts eiligeres zu tun, als mit Bleistift schwarz auf weiß zu demonstrieren, daß ein englischer Arbeiter durchgängig 14 Schilling pro Tag erhalte, was nach dem Valutastande etwa siebzig Reichsmark sind, während der deutsche Arbeiter fünfzehn bis fünfundzwanzig Mark erhalte. Dabei arbeite er pro Woche vier Stunden mehr. So lange also zwei Schilling einen Reichsmarkwert von acht bis zehn Mark darstellen, wird die auf den Gewinn eingestellte englische Handelswelt gerne Geschäftsbeziehungen mit uns erhalten und kann sie auch unbeschadet der englischen Schwesterindustrie eine gewisse Zeit fortsetzen, da man — wie schon betont — jenseits des Kanals derzeit gar nicht in der Lage ist, die eigene Industrie so hoch zu bringen, daß das Heimatgewerbe selbst den heimischen Markt ausreichend versorgen kann. Ganz abgesehen davon, daß man auch in den Vorkriegszeiten in einzelnen Branchen, wie z. B. der Solinger Schneidwaren, überwiegend auf die Einfuhr vom Kontinent angewiesen war.

Natürlich wird diese friedliche Durchdringung des englischen Marktes sich voraussichtlich nicht in dem jetzigen Grade fortsetzen, wenn der deutsche Markkurs sich wieder seinem ursprünglichen Stand nähern wird. Schon jetzt hat das englische Handelsamt Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr bestimmter Waren aus Deutschland getroffen, deren Import entweder dauernd oder zeitweilig verboten ist, bezw. deren Einfuhr jeweils von der Erlaubnis des englischen Handelsamtes abhängig gemacht wird. Es wird auf die Kraft und Entschlossenheit der deutschen Industrie ankommen, inwieweit wir in der Lage sind, unsere friedliche Invasion in England fortzusetzen, wenn sie in hoffentlich nicht zu ferner Zeit die Valutadifferenz in etwas behoben ist. Gewisse Industriezweige Deutschlands wird das englische Handelsamt auf der Einfuhrverbotsliste nicht behalten können. Danz wahrheitsgemäß erklärt hierzu Daily Telegraph: Der letzte Krieg hat uns gelehrt, daß wir nur in beschränktem Maße imstande sind, unsern Bedarf zu decken. Farbstoffe, Chemikalien, Arzneistoffe und wissenschaftliche

Erklärung.

Die Anzeigen des „Aufwärts" können vor ihrem Erscheinen dem Herausgeber nicht vorgelegt werden. — Es ist mit Recht eine Anzeige in Nummer 254 beanstandet worden. Der Herausgeber hat sofort Schritte getan, die Aufnahme derartiger Anzeigen in Zukunft zu verhindern. Von „Aufwärts"-Lesern aber darf der Herausgeber wohl erwarten, daß Beschwerden in geziemender Form und mit Namensunterschrift an ihn gelangen.

D. Jaeger.

Instrumente gehören zu den Erzeugnissen, auf deren Bezug wir von Deutschland unbedingt abhängig sind. Fünf Jahre lang haben wir uns vergeblich bemüht, ein einigermaßen dem deutschen gleichwertiges Produkt zu erzeugen. Sollen diese Experimente noch weiter auf Kosten des britischen Konsumenten fortgesetzt werden?" „Wenn wir ferner bedenken", sagt das englische Blatt an anderer Stelle, „daß nur eine scharfe ausländische Konkurrenz dem Fabrikanten den Ansporn gibt, eine gleich vorzügliche Ware zu ebenso billigem Preise zu erzeugen". Diese Äußerungen aus englischem Munde widersprechen den leichtfertigen Behauptungen vom deutschen „trash" und sind für uns ein lehrreiches Beispiel dafür, daß wir bei intensiver Arbeit dahin gelangen müssen, unseren Export wieder zu entwickeln, die deutsche Kreditwürdigkeit dadurch zu heben und die deutsche Friedenswirtschaft mählich der Gesundung entgegenzuführen.

Zur Inkraftsetzung des Vertrags.

Deutsche Vertreter nach Paris verlangt.

Der Fünferrat beschäftigte sich in der letzten Sitzung unter Clemenceaus Vorsitz wiederum mit Maßnahmen um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit Marschall Fochs ist beschlossen worden, durch eine Note die deutsche Regierung aufzufordern, in kürzester Frist Vertreter nach Paris zu entsenden, die gemeinsam mit denen der alliierten Mächte und des interalliierten Generalstabes die einzelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkraftsetzen des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen, laut „Temps" hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der interalliierten Kommissionen; auch soll die deutsche Regierung vor Inkrafttreten des Friedensvertrages das bekannte Zusatz-Protokoll unterzeichnen, in dem sie erklärt, daß die noch nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden müßten. Nach „Temps" ist es unmöglich, die Ratifizierungsurkunden am 11. November auszutauschen.

Allem Anschein nach will man zuvor die Abstimmung in Washington abwarten, die nach Antrag der beiden Senatsparteien am 10. bezw. 12. November stattfinden soll. Der plötzliche Entschluß, Vertreter der deutschen Regierung zu mündlichen Verhandlungen einzuladen, berechtigt allerdings auch zu der Annahme, daß man in Paris der Entscheidung in Washington zuvorkommen will. Es wäre der schlimmste Fehler, den wir begehen können, wenn wir uns auf irgendwelche Vereinbarungen einlassen würden, bevor es feststeht, ob Amerika den Vertrag, wie er ist, annimmt oder nicht — Wie „Echo de Paris" feststellt, hat Wilson bis jetzt auf das Telegramm der Friedenskonferenz, in dem er aufgefordert wurde, den Rat des Völkerbundes schleunigst nach Paris zusammenzuberufen, noch keine Antwort erteilt.

•

Ersatz für Scapa Flow.

Wie „Temps" meldet, hat der Fünferrat beschlossen, von Deutschland als Ersatz für den den Alliierten durch die Vernichtung der Schiffe in Scapa Flow zugefügten Schaden eine gewisse Anzahl Leichter, Kriegsschiffe, Schwimmdocks, Kräne und anderer zum Material der Flotte gehöriger Gegenstände zu verlangen. Nach einigen Abendblättern will man gegen 400 000 Tonnen Schiffsraum als Ersatz beanspruchen.

Die Forderung eines Ersatzes für die in Scapa Flow zerstörten Schiffe ist in keiner Weise begründet. Es wäre unverständlich, wenn die deutsche Regierung darauf anders als mit einer runden Ablehnung antworten würde. Die Schiffe befanden sich unter englischer Aufsicht, sie waren an England übergeben, und es hing nur von der englischen Regierung ab die deutschen Mannschaften auf ihnen zu belassen oder heimzusenden. Die Unterlassung der Heimsendung, die von uns gewünscht und erwartet wurde, und deren Folgen fallen zu Lasten Englands. Wenn Frankreich wegen der Zerstörung der Schiffe in Scapa Flow Ansprüche erheben will, kann es sie nur an England richten.

Das Programm der Demokraten.

Eine Rede Schiffers in Magdeburg.

Reichsjustizminister Schiffer sprach am Sonntag in einer Versammlung der deutsch-demokratischen Partei in Magdeburg über den Friedensschluß, die neue Verfassung und die Stellung der deutsch-demokratischen Partei zur Regierung. Reichsminister Dr. Koch der auch sprechen sollte, war nicht erschienen.

Minister Schiffer wies zunächst hin auf die zersetzende Wirkung der Revolution und das große Verdienst der Beamten und Offiziere um die Rettung Deutschlands. Nach des Ministers Ansicht haben die Demokraten keine Veranlassung, den 9. November festlich zu begehen. Er sagte:

Der 9 November ist untrennbar mit dem entsetzlichen Niederbruch im Innern und im Heere verbunden, das kann das Herz nicht fröhlich stimmen. Die tiefen Erschütterungen, die Verwirrungen im Rechtsbewußtsein, das Aufwühlen des ganzen Schlammes hätte vermieden werden können, denn wir hatten bereits vorher die parlamentarische Regierungsfreiheit erreicht. Unsere Feinde glaubten gar nicht, daß wir im Innern und an der Front so zusammengebrochen wären. Die Führer der Revolution hätten nichts leisten können, wenn sich nicht die deutschen Beamten und Offiziere zur Verfügung gestellt hätten. Das wird heute deren unvergänglicher Ruhmestitel bleiben.

Die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung setzt die weitere Entwickelung in der Richtung auf den Einheitsstaat unter starker Dezentralisation in Bewegung. Diese ist durchaus nötig und entspricht dem deutschen Volkscharakter und der deutschen Geschichte. Preußen zerschlagen lassen wir nicht, wohl aber aufgehen in die Gemeinsamkeit des Deutschen Reiches. Redner wandte sich dann gegen die einzelnen Parteien, gegen die Unabhängigen, die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei und warf ihnen vor, daß sie das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen ließen. Die Demokraten ständen auf dem Boden der republikanischen Verfassung, wendeten sich aber gegen jede Beschimpfung der Monarchie.

Ueber den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung sagte der Redner: Beim Eintritt in die Verhandlungen wurden sämtliche wichtigen Fragen berührt, darunter die Möglichkeit der Einschränkung der Streiks wie der Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Wer nicht arbeiten will, darf auch nicht unterstützt werden. Wir sprachen über die wilden Organisationen, die in Gestalt von Arbeiter- und Soldatenräten noch immer versuchen, lokale Nebenregierungen zu bilden, und über vieles andere, und wir stellten fest, daß wir ein Stück Weges zusammengehen könnten. Auch beim Betriebsrätegesetz ist dies der Fall. Es besteht die Aussicht, auch über dieses Gesetz zu einer Einigung zu gelangen. Es kann aber noch nicht gesagt werden, daß das Betriebsrätegesetz unverändert bleiben müsse, sondern er der Redner, habe den Eindruck, daß man sich über dieses Gesetz einigen werde. Der Grundcharakter aber müsse gewahrt bleiben. Der Grundsatz der Erhaltung des Unternehmertums muß bleiben, er hat uns in der Welt groß gemacht. Es handelt sich im Betriebsrätegesetz um einen Neuaufbau, der, wenn er falsch ausgeführt wird, zum Unheil ausfallen muß. Wir wollen die freie Betätigung wirtschaftlicher Kraft mit sozialer Grundlage.

Wir sind Sieger in tausend Schlachten gewesen, wir haben nicht nötig, den Kopf in den Sand zu stecken, die Augen niederzuschlagen. Auf Grund deutscher Leistungen sind wir stolz darauf, daß wir Deutsche sind. Die Gegenwart ist schwer und trübe, die Zukunft dunkel, doch man sieht bereits heller. Recht, Ordnung, Pflicht, Arbeit und Fortschritt sind auf dem Wege.

Deutsches Reich.

— Der Kölner Erzbischof Kardinal Hartmann ist seit einigen Tagen an Gesichtsneuralgie erkrankt und infolge Verschlimmerung im Befinden am Allerheiligentage mit den Sterbesakramenten versehen worden.

— Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, welche auf den 5. und 6. November nach Berlin einberufen war, hat infolge Einstellung des Personenverkehrs vertagt werden müssen.

— Eduard Bernstein und Prof. Bonn sind zu den Verhandlungen der von Lord Parmoor berufenen Konferenz zur Beratung von Maßnahmen gegen die Hungersnot nach London abgereist.

— In Berlin hat sich eine „Deutsche Freiheitspartei" gebildet. Die neue Partei soll in der Hauptsache den auf nationalem Boden stehenden Mittelstand einschließlich des Teiles der Arbeiterschaft vereinigen, der sich vom internationalen Sozialismus losgesagt hat.

•

:: **Fortdauer der französischen Militärherrschaft im Rheinland.** In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Petit Parisien" erklärte der Oberkommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die gesamte Verwaltung des besetzten Gebietes in die Hände der deutschen Verwaltung übergehe. Bis zum Tage der Ratifizierung habe bei jedem Landrat ein Offizier die Verwaltungsmaßnahmen der deutschen Beamten überwacht, die mit vollem Recht für verdächtig gegolten hätten, weil sie nicht nur Deutsche, sondern Preußen oder Bayern gewesen seien, das heißt fremd im Rheinland und ergebene Diener des Zentralorganismus von Berlin oder München. Er stellte sich deshalb die Frage, ob mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die französischen Kontrolloffiziere verschwinden sollen. Solange die Behörden dieser Länder durch fremde Beamte geleitet würden, sei es unmöglich, daß Frankreich sich um diese Politik nicht kümmere, die einen ausgesprochenen preußischen Charakter trage und die sicher alle Mittel anwenden werde, der Okkupation entgegenzuarbeiten und die Sicherheit der alliierten Armee in Gefahr zu bringen. (!!) Die Mitwirkung von Offizieren sei ihm lieber als die von Zivilbeamten. Auch die wirtschaftlichen Sektionen, die französische Offiziere gebildet hätten, sollen beibehalten bleiben. Die Offiziere würden die französischen nationalen Interessen auf Grund ihrer Sachkenntnis, verstärkt durch das Prestige des Soldaten, erfüllen können.

:: **Wiesbaden protestiert.** Ueber die, wie es heißt, von Marschall Foch verfügte Absetzung und Ausweisung des Oberbürgermeisters Glaessing ist eine amtliche Bestätigung bis Sonntag nicht eingegangen. Der Magistrat und die Führer aller politischen Parteien haben aber in gemeinsamer Sitzung bereits beschlossen, gegen die Maßregelung zu protestieren, sobald die Verfügung dem Oberbürgermeister zugestellt wird.

:: **Vorzeitige Besetzung Flensburgs?** Sonntag sind in Flensburg zwei englische Offiziere eingetroffen und haben erklärt, sie sollen Quartier suchen für die englische Besatzung. Diese werde von Köln kommen und Donnerstag eintreffen. Es wurde ihnen bedeutet, daß doch keine Besetzung vor der Ratifizierung stattfinden könne und daß in den Kasernen die Reichswehrtruppen lägen.

:: **Die freiwillige Filmzensur begonnen.** Die von der Vereinigung deutscher Filmfabrikanten eingerichtete Film-Prüfungsstelle der deutschen Filmindustrie hat ihre Tätigkeit begonnen. Zum Zensor ist Herr Lasnitzki, Hilfsreferent beim Pressesach der Reichskanzlei, ernannt. Die Prüfung erstreckt sich nicht nur auf Films, sondern auch auf das gesamte Reklamematerial. Die Vorbeugungsmaßnahmen kommen reichlich spät und werden die vom Reiche geplante gesetzliche Zensur nicht mehr aufhalten können.

:: **Sozialdemokratische Wahlniederlage in Hessen-Nassau.** Nach dem Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Wiesbaden, wo die vereinigten Bürgerlichen die Mehrheit der Sitze erhielten, liegen nun auch die meisten Ergebnisse aus den ländlichen Bezirken des besetzten Hessen-Nassau vor. Ein Ueberblick lehrt, daß

Arthur Schopenhauer und unsere Zeit.

Nun aber wird dieser Wille zum Leben überall gehemmt und durchkreuzt, daher ist alles Leben Leiden. Dies Leiden fühlt besonders der Mensch, denn bei ihm kommt zum Willen der Intellekt, der den blinden Willen sehend macht, der eine Fackel anzündet und auf eine kurze Strecke den Weg erhellt, den der Wille geht. Deshalb sucht gerade der Mensch Erlösung von dem Leiden d. h. Erlösung vom Dasein. Aber alle Genüsse, alle Künste können ihn nur zeitweilig davon befreien, endgültige Erlösung kann uns die Verneinung des Willens zum Leben bringen. Dies geschieht nicht durch Selbstmord, der ist vielmehr eine Bejahung des Lebens, nur daß man ein besseres Leben haben möchte als man wirklich gehabt hat. Die Verneinung des Willens zum Leben kann nur durch geschlechtliche Enthaltsamkeit, durch Fasten, kurz durch Abtötung geschehen, wie sie buddhistische und christliche Mönche geübt haben. So wird Schopenhauer zum Verfechter des Mönchstums, der Askese, er spricht von Heiligen, die es in der Abtötung weit gebracht haben, zu denen er allerdings nicht gehörte. Wer aber den Willen zum Leben in sich ertötet, der ist endgültig von allen Wiedergeburten erlöst, der ist eingegangen in das selige Nichts.

Schopenhauer ist natürlich nicht der erste in der Neuzeit, der versucht hat, mit Hilfe der Beobachtung der Tatsachen und des logischen Denkens eine Welt- und Lebensanschauung zu begründen, die haltbarer sein sollte als das auf Wunder und Offenbarung sich stützende Christentum. Lange vor ihm hatte René Descartes die Forderung aufgestellt, sich von allen überlieferten Anschauungen frei zu machen und streng wissenschaftlich eine gesicherte Weltanschauung aufzubauen. Seit ihm ist diese Forderung Gemeingut aller wissenschaftlichen Forschung und Philosophie geblieben. Man nennt das die Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft. Gerade in unseren Tagen ist der Ruf nach einer wissenschaftlich begründeten Welt- und Lebensanschauung besonders lebhaft geworden. Vor allem die Naturwissenschaft, die sich auf genaue Versuche und mathematische Berechnung stützt, soll das Material dazu liefern. Man weiß, daß der deutsche Monistenbund sich in erster Linie für eine naturwissenschaftlich begründete Weltanschauung eingesetzt hat, aber auch die Freidenker, Theosophen, Spiritisten und andere segeln fröhlich unter der Fahne der Wissenschaft daher.

In scharfem Gegensatz zu all diesen Strömungen steht das Christentum, das sich nicht auf Wissenschaft und Logik, sondern auf Geschichte gründet. Nicht logische Ableitung aus irgendwelchen Grundvoraussetzungen, nicht sorgfältig erwogene Schlüsse aus naturwissenschaftlichen Betrachtungen, sondern die großen, geschichtlichen Persönlichkeiten der alttestamentlichen Propheten und Psalmisten, vor allem Jesus haben dem Christentum zufolge der Welt das gebracht, was Halt, Kraft und Trost im Leben und im Sterben geben kann. Eine Welt- und Lebensanschauung, um es auszudrücken, braucht nicht mehr geschaffen zu werden, sie ist schon da, herausgewachsen aus dem Lebenswerk der genannten Geisteshelden. Wenn sie auch immer neu in Leben und Wirklichkeit umgesetzt werden und neuen Verhältnissen angepaßt werden muß, ihre Grundzüge stehen fest, man braucht nicht jedesmal von vorne anzufangen. Nicht jeder ist ja in der Lage, sich selbst seine Weltanschauung zusammenzuzimmern, um so freudiger werden wir uns des Erbes der Vergangenheit bedienen. Wissenschaftliche Anschauungen veralten außerdem sehr schnell, darum tut das Christentum gut daran, sich nicht auf Wissenschaft, sondern auf Geschichte zu gründen, mag auch die Weisheit der Welt sich der göttlichen Weisheit überlegen dünken. Die Wissenschaft verlangt Autonomie, Selbständigkeit, das Christentum beruht auf der Anerkennung dessen, was in langen Jahrhunderten, vor vielen Jahrhunderten gemacht ist, also um ein Schlagwort zu gebrauchen, auf Autorität, auf Gehorsam. Gewiß wird es nicht leicht sein, diese geschichtlich orientierte Haltung des Christentums der breiten Strömung moderner Wissenschaft gegenüber durchzusetzen, aber wir kommen an der Aufgabe nicht vorbei, wenn wir nicht von vornherein jede Auseinandersetzung mit dem modernen Geistesleben aus dem Wege gehen wollen.

Auch der Pessimismus Schopenhauers findet reichlich Nahrung in den Ereignissen und Verhältnissen der Gegenwart. Unschwer lassen sich zahlreiche Tatsachen anführen, die unwiderleglich die Schlechtigkeit und Erbärmlichkeit der Menschen darzutun scheinen. Ihnen gegenüber will das wenige Gute in der Welt und Menschheit fast verschwinden. Jede eingehende Weltbetrachtung muß demnach zur Verachtung der Menschen, zum Pessimismus führen. Und Schopenhauer hat sich von Jugend auf bis an sein Lebensende als Betrachtender verhalten. Er war selbst allen wirtschaftlichen Sorgen entrückt, konnte seinen gelehrten Neigungen ungehindert durch Beruf und Familie nachgehen; das Leben, Arbeiten und Ringen der Menschen, das öffentliche Leben der Staaten rauschte an ihm vorbei wie ein großer Strom, an dessen Ufern er als unbeteiligter Zuschauer stand. Er hatte keine Lebensaufgabe, die ihn zum Handeln zwang, die ihn hineinstürzte in den Strom des Lebens. Darum kam er aus Theorie und Betrachtung nicht heraus. Ihm und seinem theoretischen Verhalten stellen wir das Wort eines Zeitgenossen Schopenhauers entgegen, der vielleicht noch größeren Einfluß auf die Nachwelt gehabt habt. Karl Marx, der Begründer der sozialistischen Methode und Weltanschauung hat geäußert, daß die Philosophen sich bisher damit begnügt hätten, die Welt zu erklären, es komme aber darauf an, sie zu verändern. In der Tat ist alle Welterklärung, alle Theorie zu wenig, es heißt handeln und arbeiten, etwas Gutes schaffen. Dann kommt man in Verfolg bestimmter Ziele von allem müden Pessimismus ab, der zu Untätigkeit, zum Gehenlassen der Dinge führt und ein Zeichen von Seelenschwäche, von sittlicher Kraftlosigkeit ist. Das ist auch die Meinung des Christentums, das zwar nichts beschönigen will, was an Häßlichem, Unheilvollem, kurz an Sünden in der Welt ist, aber keine Menschenverachtung, sondern Menschenliebe, nicht Seelenmüdigkeit, sondern Seelenstärke will. Gott ist selbst Handeln und

die Sozialdemokraten nur an ganz wenigen Stellen dort etwas zu erreichen vermochten, wo infolge der unmittelbaren Nachbarschaft von großen Städten, wie Wiesbaden oder Höchst, ein entsprechender Einschlag der Wählerschaft gegeben war. Es steht in der Mehrzahl der Wahlergebnisse den sozialistischen Mandaten eine starke bürgerliche Mehrheit gegenüber, vielfach im Verhältnis von drei zu eins oder sogar vier oder fünf zu eins.

:: **Die sozialistischen Revolutionsfeiern in München** erlaubt. Nach einer amtlichen Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann hat das Münchener Reichswehrgruppenkommando im Einverständnis mit dem Ministerrate zu der Bekanntmachung über Revolutionsfeiern erläuternd verfügt: 1. Der Abschluß der Feiern hat am 9. November oder an anderen Tagen spätestens bis Eintritt der gesetzlich eintretenden Polizeistunde zu erfolgen. 2. An dem schon bisher bestandenen Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationszügen wird nichts geändert. 3. Die Versammlungsgenehmigungen sind von den bekanntgegebenen Militärstellen einzuholen. Ursprünglich hatte das Reichswehrgruppenkommando alle Revolutionsfeiern in München verboten. Auf den Einspruch der Sozialdemokratie hin hat sich dann der Ministerrat zu einem Eingreifen veranlaßt gesehen und dieses Kompromiß geschaffen. — Von der sozialdemokratischen Partei Hamburgs werden für den 9. beziehungsweise teilweise für den 8. November abends nicht weniger als 22 große Festversammlungen in den größten Sälen angekündigt. — In Berlin hat das Oberkommando für den 9. November als den Jahrestag der Revolution die Anmeldepflicht für alle Versammlung aufgehoben. Versammlungen unter freiem Himmel im Innern der Stadt werden aus Gründen der Sicherheit nicht genehmigt. Für den 7. November, der von den Gefolgschaften der Moskauer Sowjetregierung als besonderer Weltfeiertag in Anspruch genommen zu werden scheint, besteht die Anmeldepflicht der Versammlungen in vollem Umfange und ebenso bleiben alle Verordnungen, die infolge des Belagerungszustandes erlassen worden sind, voll in Kraft.

:: **Die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien.** Eine deutsche Note über Oberschlesien ist nach Pariser Meldungen drahtlos der französischen Regierung übermittelt worden. Nach derselben beabsichtigt die deutsche Regierung am 9. November die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien abhalten zu lassen und rechtfertigt den Beschluß durch die Mitteilung, daß, da die Volksabstimmung erst nach längerer Zeit stattfinden könne, es nichtig sei, die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien erst vorzunehmen. Die Konferenz ist jedoch der Meinung, daß diese Absicht der deutschen Regierung einen Druck auf die oberschlesische Bevölkerung bedeute und werde daher binnen kurzem der deutschen Regierung mitteilen, daß sie diese Pläne nicht billigen könne.

Kundgebung gegen die Zwangswirtschaft und Kommunalisierung.

Der Verband kaufmännischer Fachvereine im Handelskammerbezirk Dortmund, die Handelskammer und die Handwerkskammer zu Dortmund hatten am vergangenen Freitag in Dortmund zu einer Versammlung geladen, die von rund 800 Teilnehmern besucht wurde. Sie gestaltete sich zu einer großen öffentlichen Kundgebung gegen die Zwangswirtschaft und die Kommunalisierung. Der Redner des Tages, Abg. Professor Dr. Leidig-Berlin legte dar, wie die Beibehaltung der Zwangswirtschaft und die Kommunalisierung unser ganzes Wirtschaftsleben ruinieren und Deutschland vollständig aus der Reihe der Weltmarktmächte streichen würde. Die gespannte Aufmerksamkeit und der einstimmige Beifall, die dem Vortrage zuteil wurden, bewies so recht, welche Erbitterung in den Kreisen des Handels und des Gewerbes gegen die Zwangswirtschaft und die beabsichtigte Kommunalisierung herrscht. Besonders letztere wurde als ein Mittel angesehen, den deutschen Mittelstand, einen der Hauptpfeiler des Staates, völlig zu untergraben. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die ungehemmte Einfuhr fremder Waren aus dem besetzten Gebiet und der vollständige Niedergang staatlicher Zucht und Ordnung machen die Weiterführung der Zwangswirtschaft unmöglich. Alle Versuche, sie fortzusetzen, können nur dazu führen, daß der Kaufmann und der Verbraucher, der die gesetzlichen Bestimmungen beachtet, zu Gunsten des Schleichhändlers und Unehrlichen benachteiligt wird. Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß sein, Deutschland alsbald wieder in die Weltwirtschaft hineinzustellen; dies kann nur durch tunlichst schnellen Abbau der Zwangswirtschaft und möglichstes Anpassen der deutschen Verhältnisse an den Weltmarkt geschehen. Zum Wiederaufbau Deutschlands bedürfen wir der Sachkunde, der Energie und des Wagemutes der deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden, die nicht — wie jetzt — untergeordnete Diener der Bürokratie, sondern vielmehr Lenker und Leiter unseres Wirtschaftslebens sein müssen. Deshalb verlangen wir sofortige Beseitigung der für den Weltverkehr unerträglichen Beschränkungen des Kriegsrechts. Nicht der Beamte und die Kriegsgesellschaft, sondern der Industrielle, Kaufmann und Handwerker gehören an die wirtschaftliche Front im Kampfe um Deutschlands wirtschaftliches Wiederemporblühen."

** **Massenflucht von Schiebern aus dem Westen.** Unter den Eindruck des energischen Eingreifens der amerikanischen Behörden, die gegenüber dem Schieber- und Wuchertum lobenswerte Entschlossenheit bewiesen, hat eine fluchtartige Abreise der die Koblenzer Hotels und Kaffeehäuser bevölkernden Schieber eingesetzt. Zum Teil werden die Schieber auch von amerikanischen Polizeisoldaten bis an die Grenze des besetzten Gebietes begleitet. Bei der Abfassung der Schieber waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt, die sich für einige der ergriffenen Elemente sehr interessierten. In dem Lager eines einzigen der Verhafteten wurden allein für ungefähr fünf Millionen geschobene Waren, meist Schokolade und Zigaretten, beschlagnahmt. — Die deutsche Zollinie längs der ganzen Grenze des besetzten Gebietes war am 1. November fertiggestellt, und man erhofft in den nächsten Tagen das Einverständnis der interalliierten Kommission zur Eröffnung des Zolldienstes. Von den französischen Zollposten wurden bisher für deutsche Rechnung vom 1. Februar bis 1. August 1919 37 Millionen Mark Zollbeträge eingenommen.

** **Das Berliner Streikfieber.** Das wirtschaftliche Leben Berlins soll nicht zur Ruhe kommen. Bevor noch der Schiedsspruch in dem bereits sechs Wochen dauernden Metallarbeiterstreik verkündet worden ist, wird bereits schon wieder mit dem Generalstreik gedroht. Eine Generalversammlung der streikenden Metallarbeite erklärte die Vorschläge der Unternehmer über die Aufnahme der Arbeit für völlig unannehmbar. Streik sei keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden, Ausgesperrten und Entlassenen seien bei der Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen. Alle Entlassungen seien rückgängig zu machen. Die Fünfzehnerkommission erhielt den Auftrag, den Unternehmern nochmals die Forderung der Streikenden „der Arbeiterschaft werden dieselben Rechte gewährt, die diese bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatten" zu unterbreiten. Um diese Forderung zu unterstützen, und um den Anschlag der Unternehmer auf bestehende Rechte der Arbeiter abzuwehren, rief die Generalversammlung alle noch in Arbeit stehenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf, sofort in den Solidaritätsstreik einzutreten. Die politischen Vertretungen der Arbeiterschaft forderte die Generalversammlung auf, alle für den Generalstreik notwendiger Vorbereitungen zu treffen und diesen (sollten die Unternehmer von ihrem die Grundrechte der Arbeiter bedrohenden Verhalten nicht ablassen) nach Ablauf von 38 Stunden zu erklären. Diese Resolution wurde mit 4000 gegen 17 Stimmen angenommen.

** **Unter der Fremdherrschaft.** Wie die „Frankfurter Zeitung" hört, ist der von den französischen Behörden in Höchst eingesetzte Landrat Dr. Hinrichs von der Regierung nicht anerkannt worden. Er ist zu amtlichen Handlungen nicht befugt. — Das Saarbrückener Kriegsgericht der Franzosen verurteilte 62 Personen, unter ihnen viele Frauen, die sich an dem letzten Streik beteiligt hatten, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus, 39 Jahren Gefängnis und 1825 Frank Geldstrafe. Außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen.

Rundschau im Auslande.

: Der Oberste Rat wird die bulgarischen Gegenvorschläge fast ausnahmslos ablehnen. Auch bezüglich der Dobrudscha soll den Forderungen Bulgariens nicht entsprochen werden.

: Unter englischem Vorsitz haben zwischen der estnischen und der lettischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, die zu einem Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung führten.

: **Prinzessin Elisabeth von Rumänien hat sich in Lugano mit dem Prinzen Georg von Griechenland verlobt.**

: **Amerikanische Banken sollen Polen einen Vorschuß von 250 Millionen Dollars bewilligt haben.**

•

Frankreich: Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

: Der französische Arbeitsminister Claveille beendete soeben eine Besichtigung in den verwüsteten Gebieten. Nach „Petit Parisien" stellte er fest, daß beträchtliche Anstrengungen für die Wiederinstandsetzung des Netzes der Nordbahn gemacht worden sind. Am 1. November 1919 sind die Linien in ihrem ganzen Umfange wieder hergestellt, auf allen Bahnhöfen ist der Dienst wieder aufgenommen und 40 Prozent der Arbeiten für Instandsetzung der Depots durchgeführt worden. Von 48000 Kilometern zerstörter Straßen sind 12000, von 3173 wieder zu erbauenden Brücken sind seit dem Waffenstillstand 873 Holzbrücken und 1117 Eisenbrücken, davon 1120 sehr große, wieder hergestellt worden.

Eine halbamtliche französische Note hebt hervor, daß die Einfuhr aus Deutschland von einer besonderen Ermächtigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen Wiederaufbau abhängig sei. Aus dem besetzten rheinischen Gebiet dürfen nur Holz, Kalk, Zement, Eisen, Stahl, Backsteine und Ziegelsteine einer Einfuhr-Ermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme der geschäftlichen Verbindungen mit dem Feind straffrei.

England: Die Lösung der irischen Frage.

: Für Irland naht jetzt die Entscheidungsfrage. Mit der Inkraftsetzung des Friedens müßte das Homerulegesetz von 1914 — das unmittelbar nach Kriegsbeginn angenommen wurde — in Kraft treten, ein Gesetz, das niemand befriedigt: die Iren nicht, weil es die Befugnisse des Parlaments von Dublin zu sehr einschränkt, und die Ulstermänner nicht, weil es Ulster unter die Herrschaft von Dublin bringt. Die Regierung will jetzt eine neue Vorlage einbringen, die Ulster von Homerule ausnehmen, aber die Rechte des irischen Parlaments erweitern soll. Die Befugnisse des irischen Parlaments werden, sobald es die Verhältnisse gestatten, dieselben sein, wie die der Parlamente der Dominions. — Die irischen Sinnfeiner, die die vollständige Selbständigkeit Irlands auf gewaltsamer Weise erreichen wollen, haben in den letzten Tagen verschiedene Ueberfälle ausgeführt. Eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeeilt waren, griff die Polizeistation von Lismullin in der Grafschaft Meath (Irland) an. Einer der Beamten, welche die Station verteidigten, wurde getötet. Auch die Polizeistation von Ballymore wurde in derselben Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizeibeamter erschossen wurde. Die Angreifer sind in beiden Fällen entkommen.

Rußland: Eine Aenderung der Entente-Politik im Osten?

: Die Ernennung des französischen Generals Niessel zum Leiter der militärischen Ententemission in Finnland und die damit verbundene Unterstellung der englischen Mission unter dem französischen Chef ist auf Meinungsverschiedenheiten Englands und Frankreichs in der baltischen Politik zurückzuführen. Anscheinend soll die Randstaatenpolitik eine Aenderung im russischen Sinne erfahren. — Zum Stabe der Armee Judenitschs wurde der englische General Hakin kommandiert. An der Petersburger Front, soll die Nordwestarmee westlich Krasnoje Selo keine Fortschritte gemacht haben. Die Bolschewisten haben zum Flottenchef den Admiral Selionij ernannt, der früher ein bekannter Günstling des Zaren war.

Finnland: General Mannerheim für den Vormarsch auf Petersburg.

: Der ententefreundliche General Mannerheim erklärt in einem offenen Brief an Präsident Stahlberg, daß Finnlands Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen und die Räteherrschaft zu stürzen. Die gesamte Kulturmenschheit richte ihre Blicke auf Finnland und erwarte, daß die junge Nation durch eine mutige Tat die Wertschätzung aller Völker gewinne. — Es ist doch sehr zweifelhaft, ob ein finnischer Vormarsch auf Petersburg nach dem kläglichen Rückzug der russischen Nordwestarmee unter Judenitsch von Erfolg begleitet sein wird; es müßte denn der finnisch-russische Angriff auf Petersburg gleichzeitig einsetzen. Hieran ist jedoch nach der Niederlage Judenitsch kaum zu denken.

Kirche, Schule und Mission.

Über die Stellung der Gemeinschaften zur Verhältniswahl und Preisgabe des Bekenntnisses wurden am 30. Oktober zu Dortmund in einer „dringlichen Sitzung" von dem Brüderrat des Westfälischen Gemeinschaftsverbandes, sowie der Vertreter der angeschlossenen Gemeinschaften und Vereine und der Vertrauensmänner, auf Grund zweier Vorträge der Herren Pastor Schloemann-Gevelsberg und Pastor Michaelis-Bielefeld ernste und eingehende Verhandlungen gepflogen. Von Pastor Schloemann wurden folgende drei Leitsätze vorgelegt:

1. Wir sehen in der Gleichberechtigung der Richtungen, welche durch die neuen landeskirchlichen Entwürfe innerhalb derselben Kirche gesetzlich festgelegt werden soll, einen unbiblischen Weg.
2. Sollte die Verhältniswahl unseren Gemeinden durch das Gesetz aufgenötigt werden, dann erwarten wir, daß die sich dadurch ergebende Scheidung der Geister nicht nur in den Einzelgemeinden, sondern auch in dem Gesamtverbande der Provinz und des Reiches durchgeführt wird.
3. In der dann entstehenden neuen „Bekenntnistreuen Volkskirche" sind wir freudig bereit, daran mitzuarbeiten, daß dem Evangelium von dem gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Christus in unserem Volke mehr als bisher Raum gemacht wird."

Ferner wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt, welcher der Anfang November tagenden Westfälischen Provinzial-Synode als dringlich vorgelegt wird.

„Der am 30. Oktober in Dortmund einberufene Brüderrat des Westfälischen Gemeinschaftsverbandes sowie die Vertreter der angeschlossenen Gemeinschaften und Vereine und die Vertrauensmänner richten an die Westfälische Provinzial-Synode folgenden einstimmig beschlossenen Antrag:

Provinzial-Synode wolle bei der bevorstehenden Änderung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung dem wiederholt ausgesprochenen Verlangen der landeskirchlichen Gemeinschaftskreise nach Berücksichtigung ihrer Wünsche in geeigneter Weise Rechnung tragen, und zur Behandlung dieser Fragen die baldige Einberufung eines Ausschusses in die Wege leiten, in welchem auch die Gemeinschaftskreise durch Mitglieder des Westfälischen Brüderrates angemessen vertreten sind. Unsere Wünsche fassen wir wie folgt zusammen:

Wir wünschen volle Bewegungsfreiheit, um an unserem Teile unsere Aufgabe in der Kirche erfüllen zu können. Wir verstehen darunter im einzelnen folgendes:

1. Grundsätzliche Anerkennung des Rechtes der Laienarbeit in Wortverkündigungen, Seelsorge, Gemeinschaftspflege, Jugendpflege; ferner das Recht der Mitbenutzung der Kirchen und kirchlichen Gebäude zu Versammlungen, Festen und Evangelisationen im Rahmen der kirchlichen Gemeinde- und Gottesdienstordnung unter Bürgschaft der Gemeinschaftsleitung.

2. Freiheit zur Feier des heiligen Abendmahls in unseren Gemeinschaftskreisen unter Leitung von Pfarrern oder geordneten Organen der Gemeinschaft und unter Bürgschaft für Ordnung und Würde durch die verantwortlichen Vorstände.

3. Aufhebung des Parochialzwanges für solche Gemeindeglieder, die aus Gründen des Gewissens und der Überzeugung ihre seelsorgerliche und gottesdienstliche Versorgung in einer anderen Gemeinde oder bei einem anderen Pfarrer suchen.

Wir bitten, als Beauftragte unseres Westfälischen Gemeinschaftsverbandes die heute gewählten Herren W. Bergmann-Bochum, Lothringerstraße 18, und Fr. Thiele, Herten, Kr. Recklinghausen, Neustr. 8, zur Berichterstattung auf die diesjährige Westfälische Provinzial-Synode laden zu wollen."

Arbeit; Weltschöpfung, Welterhaltung und Welterlösung: das ist seine großes Werk. Darum können wir auch nicht in Mutlosigkeit die Hände in den Schoß legen, es gilt, als Haushalter, als Mitarbeiter Gottes in der Welt zu wirken. Kannte doch auch Jesus nichts Höheres, als zu wirken, solange es Tag ist, obwohl gerade er so schwer an der Sünde der Welt getragen hat wie keiner vor ihm und keiner nach ihm. Gewiß die Bosheit der Welt, das Maß des Unglücks an Not, Krankheit, Krieg usw. ist groß, aber weit größer ist Gottes Kraft und Liebe, die das alles meistern kann, weit größer soll unser Glaube sein, der die Welt überwinden soll. Darum können wir keinesfalls dem müden Pessimismus Schopenhauers folgen, obwohl die Gegenwart sehr leicht dazu führen kann. Viel höher steht der christliche Glaube, der nicht verneint, sondern bejaht, der nicht klagt, sondern handelt. Handeln aber setzt einen klaren, festen Willen voraus, der ganz etwas anderes ist als der blinde, zügellose Weltwille Schopenhauers, der eher ein Trieb als ein Wille zu nennen ist. —

Ein reiches Leben ging zu Ende, als Schopenhauer im Jahre 1860 starb. Kein anderer als der alte Goethe hatte auf den jungen Schopenhauer als auf ein vielverheißendes Licht aufmerksam gemacht. Früh zu einer eigenartigen, abgeschlossenen Weltanschauung gelangt, hat er unablässig an ihrem Ausbau gearbeitet, und seiner Selbstgefälligkeit schmeichelte es sehr, Anerkennung und Ruhm in seinem Alter zu erleben. Auch heute noch ist er nicht abgetan, mancher wird sich schon durch den glänzenden Stil zu ihm hingezogen fühlen. Man kann an diesem hervorragenden Vertreter modernen, deutschen Denkens nicht vorübergehen, aber man muß versuchen über ihn hinauszukommen. Wir, die wir so gewaltige Aufgaben des Aufbaues vor uns haben, dürfen uns durch seine berückende Lehre nicht einschläfern lassen, für uns gilt es, dem Schicksal in den Rachen zu greifen, wie Beethoven sich einmal ausdrückt, und entschlossenen Willens alle Gefahren und Schwierigkeiten zu überwinden.

Hamborn. Rudolf Becker.

Damit wird die so überaus wichtige Sache zunächst für Westfalen wohl klargestellt werden, da von der Behandlung dieses Antrages durch die Provinzial-Synode die weitere Stellung der Westfälischen Gemeinschaften zur Landeskirche bestimmt werden wird.

Im Dienste der Volksmission.

epd. Der Zentral-Ausschuß für Innere Mission hat den Missionar der Norddeutschen Missionsgesellschaft und bisherigen etatsmäßigen Divisionspfarrer W. E. Hagen, bisher Gr. Reichswehrbrigade, 29./9. Inf.-Division, als eigenen Berufsarbeiter für Volksmission gewonnen. Herr Hagen steht vom 15. November ab zu Evangelisationen im Auftrage des Zentral-Ausschusses zur Verfügung. Bitten und Wünsche um solche Evangelisationen sind an den Zentral-Ausschuß für Innere Mission (Abteilung für Volksmission) in Berlin-Dahlem, Altensteinstraße 51, zu richten.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 5. November 1919.

— **Kirchenkonzert.** Heute abend 8 Uhr findet in der Neustädter Kirche ein Kirchenkonzert statt. Das Soloquartett des Lehrergesangvereins, Frau Heidemann-Loge, Herr Musikdirektor Barkhausen, Herr Organist Schlingmann und die Kapelle des Freikorps „Lichtschlag" werden mitwirken.

— **Kartoffelversorgung.** Infolge der geringen Zufuhren konnten bisher leider nicht alle Einwohner auf Marke A der Kartoffelkarte 1 Zentner Winterkartoffeln erhalten. Wer deshalb jetzt gar keine Kartoffeln hat, kann Abschnitt A der Kartoffelkarte bei seinem Kleinhändler gegen eine besondere Umtauschkarte A mit 8 Einzelabschnitten eintauschen und auf die einzelnen Abschnitte zunächst wöchentlich 7 Pfd. Kartoffeln bekommen. Sobald seine Kartoffelkarten-Nummer zur Verteilung auf dem Ostbahnhof aufgerufen wird, kann er dort für den Rest der Umtauschmarken Winterkartoffeln zum Einkellern erhalten. Der Kleinhändler stempelt die Karte auf dem Mittelstück mit seiner Firma, um seinen Wochenbedarf im voraus auf der Kartoffelkarte anmelden zu können.

In der Woche vom 3.—9. November werden an die Inhaber der Kartoffelumtauschkarte A 7 Pfund auf Marke 1 zum Preise von 12 ₰ für 1 Pfund abgegeben.

— **Die Überweisung der militärischen Versorgungsgebührnisse** derjenigen Empfangsberechtigten, die seit dem 1. September 1919 aus Elsaß-Lothringen nach dem Deutschen Reiche verzogen sind oder nach dorthin verziehen und deren neuer Wohnort bei der früher zuständigen Pensionsregelungsbehörde 35 (dem früheren Ministerium für Elsaß-Lothringen, Abteilung für Finanzen, Handel und Domänen in Straßburg) nicht bekannt ist, erfolgt seitens dieser Stelle nach wie vor mittels Katasterauszuges auf Anfordern der für den neuen Wohnort des Empfängers zuständigen Pensionsregelungsbehörde. Die aus Elsaß-Lothringen nach dem Regierungsbezirk Minden nach Lippe-Detmold, nach Schaumburg-Lippe verzogenen Militärversorgungsberechtigten wollen sich mit ihren Anträgen auf Weiterzahlung der ihnen zuerkannten Versorgungsgebrüniffe an die Pensionsregelungsbehörde 20 (Preußische Regierung in Minden i. W.) wenden. In diesen Anträgen ist auch die Stammkarten-Nummer und das Katasterzeichen der früheren Pensionsregelungsbehörde 35 sowie das Postamt, bei welchem die Gebührnisse zuletzt abgehoben wurden, anzugeben.

— **Brackwede.** Die Einweihung des Ehrenfriedhofes fand am Sonntag nachmittag um ½4 Uhr statt. Trotz des Schneetreibens hatte sich eine zahlreiche Gemeinde eingefunden. Der Kirchenchor sang: „Wann ich einmal soll scheiden" und die ganze Versammlung stimmte unter Posaunenbegleitung 2 Verse des Liedes „Wer weiß, wie nahe mir mein Ende" an. Dann hielt Pastor Münter die Weiherede. Er ließ noch einmal die großen Tage und Jahre vor uns vorüberziehen, in denen alle die mitgestritten haben, deren Gedächtnis die langen Tafeln an dem Gedenkstein festhalten sollen, uns zur Mahnung, der treuen Toten nicht zu vergessen und ihrer würdig zu leben. Zum Schlusse sang der Chor „Auferstehen, ja auferstehen wirst du". Mehrere große Kränze wurden an dem Gedenkstein niedergelegt.

— **Bünde.** Wir machen noch einmal aufmerksam auf die heute Abend im Niemeyerschen Saale, Hangbaumstraße, um 8 Uhr stattfindende Versammlung der Deutsch-nationalen Volkspartei. Herr Major Niemann wird sprechen über: Deutsches Wollen und deutsche Politik.

Bücherschau.

„Seine Beichte" von Wilhelm Brand erschien in neuer Auflage bei Bertelsmann Gütersloh. Ein gutes Buch. Diese lebenswahren Schilderungen, welche mit erschreckender Deutlichkeit einen Blick gewähren in die Not und den Kampf eines einzelnen jungen Menschen, wenn er ungewarnt hineingerät in den Bannkreis jener Geister, die losgelöst sind von jedem Verantwortlichkeitsgefühl den Mitmenschen gegenüber; denen der reichgefüllte Tisch des Vaterhauses eine Hinderung ist, durch eigene Arbeit den Grund zu gewinnen, auf dem sich nur wahres Lebensglück aufbauen läßt. Das Buch gehörte in jedes Haus und empfiehlt sich auch dadurch schon selbst, daß es in 4. Auflage erscheint.

Sven Hedin. Transhimalaja. Neue Abenteuer in Tibet. (Volks- und Jugendausgabe als Band 2 der Sammlung „Reisen und Abenteuer".) 160 Seiten Text mit 26 Abbildungen und 1 Karte. Leipzig, F. A. Brockhaus. Gebunden 5 *M*. — Es ist sehr dankenswert, daß der Brockhaussche Verlag jetzt gekürzte Ausgaben von großen Reisewerken veranstaltet. So ist es nun auch manchem weniger Bemittelten möglich gemacht, einen Einblick in die Erlebnisse der großen Forscher und Entdecker zu gewinnen und dadurch die eigene Arbeitsfreudigkeit zu steigern. Besonders für unsere Jugend sind die „Reisen und Abenteuer" als wertvolles Weihnachtsgeschenk zu empfehlen. Außer dem genannten Werk ist bereits erschienen: Sven Hedin „Abenteuer in Tibet" und Kapitän Scotts „Letzte Fahrt". Ihnen reiht sich die erschütternde Südpoltragödie „Letzte Fahrt", die ihr Held und Opfer Kapitän Scott selbst aufgezeichnet hat, würdig an; auch dieses Büchlein hat alles, um ein Liebling besonders unserer männlichen Jugend zu werden. An weiteren Bänden sind angekündigt: „Im Herzen von Afrika" von Georg Schweinfurth, dem dreiundachtzigjährigen Altmeister der Afrikaforschung, „Wie ich Livingstone fand" von Stanley, „Die Abenteuer der Gefährten" Kapitän Scotts, zwei weitere Bände von Sven Hedin usw.

Vereinsecke.

Aufwärtsbund Bethel. Es sind in den vergangenen Wochen einschneidende Verhandlungen geführt worden, welche zum Zweck hatten, den Beitritt zum Aufwärtsbund niemand zu erschweren, der gern unserm Volk in dieser Zeit helfen möchte, der sich aber noch nicht ohne weiteres von der Alkoholmäßigkeit zur Alkoholenthaltsamkeit wenden kann. Der Anstaltsleitung war es sehr wichtig, daß deshalb in den Satzungen, die schon fertig vorlagen, um dem Gericht eingereicht zu werden, noch die Änderung vorgenommen wurde, daß die Alkoholenthaltsamkeitsverpflichtung weggelassen werde, während die Alkoholmäßigkeit ja in der Verpflichtung zu einem christlichen Lebenswandel mit enthalten sei. Nicht ganz leichten Herzens wurde dieses Opfer von denen, die den Bund gegründet hatten, gebracht. Aber die Überzeugung, daß ein Zusammenarbeiten mit der Anstaltsleitung für das Gelingen des Aufwärtsbundes in Bethel nur von Segen sein könne, gab schließlich den Ausschlag. So kam die Einigung in dem von der Anstaltsleitung gewünschten Sinne zustande. Es wurde uns auch ein Stück Wald zum Abholzen zur Verfügung gestellt und, da nach Ansicht sachverständiger die schlagreife Waldstätte, weil an einem nördlichen Abhang gelegen, für Siedlungszwecke nicht geeignet ist, an der Westseite der geplanten neuen Straße von Hebron nach Salem Land für Kleinsiedlungen in Aussicht gestellt.

Die einstweilige Leitung hat sich sofort bereit erklärt, nach Eintritt einer größeren Anzahl neuerer Mitglieder ihre Posten zur Verfügung zu stellen, damit dieselben durch Neuwahlen besetzt werden können. Der Bund ist mit dem 1. November in Tätigkeit getreten, die Arbeiten werden sofort aufgenommen. Da sich in Bethel die Führung eines christlichen Lebenswandels eigentlich von selbst versteht, so ist für jeden, der beizutreten willens ist, nur noch die Frage zu entscheiden, ob und wie er in der Woche 6 Stunden dem Bund zur Verfügung stellen kann. Das „ob" muß jeder für sich entscheiden, ehe er seinen Beitritt erklärt; bei dem „wie" wird der dafür eingesetzte Ausschuß nach persönlicher Rücksprache nach Kräften mithelfen, daß das Richtige getroffen wird. Ausdrücklich möchten wir nur noch bemerken, daß weder Alter noch körperliche Gebrechlichkeit vom Beitritt abzuhalten braucht. Wir hoffen für jeden einen Weg zu finden, auf dem er sich ohne Überforderung seiner Kräfte für den Bund nützlich erweisen kann. Selbstverständlich sind wir aber besonders dankbar, wenn recht viele jugendliche und arbeitsfreudige Leute sich zum Beitritt entschließen.

Mittwoch, den 5. November, abends 8 Uhr, soll in Gosen eine Zusammenkunft der Bundesmitglieder und derer, die es werden wollen, stattfinden, in welcher über die weitere Entwicklung des Bundes beraten werden soll. Eine biblische Ansprache des derzeitigen Vorsitzenden soll für die Verhandlungen den richtigen Weg weisen. Alle ohne Unterschied von Alter und Geschlecht, wer nur über sich selbst und seine freie Zeit zu verfügen in der Lage ist, sind herzlich dazu eingeladen. Ostermeyer.

Letzte Nachrichten.

Das Mißtrauen in der Entente.

Nach einer Meldung der „Newyork Sun" aus Paris ist die Auflösung der Friedenskonferenz innerhalb kurzer Zeit zu erwarten. Wie es heißt, werden die Amerikaner noch im Laufe des Dezember die Heimreise antreten. Der amerikanische Botschafter Wallace wird, wenn der Frieden mit Ungarn bis dahin noch nicht zustande gekommen ist, zu dessen Unterzeichnung in Paris ermächtigt werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Finanzfrage. England scheint nach wie vor fest entschlossen zu sein, Wilson in seiner unversöhnlichen Haltung Italien gegenüber zu unterstützen. In der letzten Zeit zeigt sich immer mehr, daß die englische und französische Diplomatie mehr und mehr auseinandergehen. In den jüngsten Tagen hat sich herausgestellt, daß England und Amerika fast in allen Fragen übereinstimmen, während andererseits die Sympathien, die Clemenceau Italien entgegenbringt, immer deutlicher werden. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Frankreich bei den noch zu erwartenden Regelungen in der Türkei Italiens Unterstützung wünscht, weil die Franzosen in diesen Fragen den Engländern sehr mißtrauisch gegenüberstehen.

Der Millionenraub in Stockholm.

In der Angelegenheit des gemeldeten Millionenraubes von Judenitsch-Rubeln wurde ein schwedischer Kaufmann Alemquist verhaftet, der ein größeres Quantum von Kronenscheinen für 100 000 Rubel verkaufte. Eine bei der Zentraldruckerei eingeleitete Untersuchung ergab, daß dort bereits für eine Milliarde Rubel im Auftrage Judenitsch gedruckt wurden.

Die deutsche Zollinie am besetzten Gebiet.

Die deutsche Zollinie längs der ganzen Grenze des besetzten Gebiets ist am 1. November fertiggestellt und man erhofft in den nächsten Tagen das Einverständnis der interalliierten Kommission zur Eröffnung des Zolldienstes. Von den französischen Zollposten wurden bisher für deutsche Rechnung vom 1. Februar bis 1. August 1919 37 Millionen Mark Zollbeträge eingenommen.

Ankunft deutscher Delegierter in London.

Die deutschen Delegierten zu der „Hungerkonferenz", Professor Brentano, Professor Oppenheimer, Dr. Guttmann und der holländische Delegierte Dr. Traub sind in London angekommen.

Die Revolution in der Ukraine.

Auf der Strecke Ekaterinoslaw—Charkow gehen die Züge nur bei Tage, und mehrere Male waren die ganzen Verbindungen tagelang unterbrochen. Alle Versuche Denikins, normale Verbindungen herzustellen, sind bis jetzt gescheitert. Die Stadt Tschizerin ist immer noch im Besitz der Aufständischen. Alle Wege, die durch das Gouvernement Charkow führen, sind in Unordnung, vielfach ganz und gar unbrauchbar. Im Gouvernement Kiew sind die Vertreter Denikins sofort nach ihrem Erscheinen niedergemetzelt worden: alle gegen die Aufrührer entsandten Expeditionen blieben ohne Erfolg. Die Aufrührer verfügen über riesiges Material. Das Gouvernement von Poltawa ist eines der mächtigsten Zentren der Aufstandsbewegung. Romodan Bakhmatch ist durch fortwährende Angriffe systematisch zerstört. Die Aufständischen von Konotop beunruhigen ununterbrochen die hinteren Verbindungen der Denikinschen Front.

Gough abberufen.

Wie der „Lok.-Anz." hört, ist der Chef der englischen Militärmission im Baltikum, General Gough, sowie das Mitglied dieser Mission, General Burt, von der englischen Regierung abberufen worden. Burt leitete die Kämpfe zwischen Bermondt und den lettländischen Truppen bei Riga auf seiten der letzteren.

Japan für Koltschak.

Die finnische Presse meldet, daß der außerordentliche Gesandte der japanischen Regierung General Kato in Omsk im Hauptquartier Admiral Koltschaks zur Anknüpfung von Unterhandlungen eingetroffen ist.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld Postscheckkonto 7382 Hannover.

Die Evangelisch-soziale Schule
in Bethel b. Bielefeld
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Stv Bielefeld
bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerort gemachten Erfahrungen sein, um diese ihren weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.
Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig**, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Haarausfall.
Institut für Heilbehandlung von Haarleiden
wie Schuppen, Haarausfall usw., unter Anwendung von Weiß' rationeller Haakur, Vibrationsmassage, **10 Kabinen.** Höhensonne. **10 Kabinen.**
Weiß' Haarpflege,
Viktoriastraße 10.
Alleiniger Hersteller und Versand von
Ernst Weiß' Haartinktur Mein, Erfolg',
Ernst Weiß' rationeller Haarkur,
Ernst Weiß' Haarkraftöl.
Verlangen Sie Druckschrift Haarausfall gegen Voreinsendung von Mk. 1,10.

Werbet für die Zeitung!

Jg. Mädchen
(18 Jahre), das die Höhere Handelsschule besucht und schon etwas Erfahrung hat, sucht dauernde Stellung.
G. K., Bielefeld Welle 171.

Flechtenleiden
Dauerbeseitigung. Reichspatent. Prospekt gratis. Sanitas-Depot Halle a. S. 200.



Billige Uhren

echt Silber 35.–
Nickel . . . 25.–
Weckuhren 10.–
Alles Friedensware.
Uhren-Klinik
Bernh. Dierse, Renteistr. 7.

Brennholz
hauptsächlich Hartholz, 1—2,5 m oder 18—23 cm lang, zur Lieferung an Behörden gegen Kasse gesucht. Verkäufer gesucht.
Holzhandlg. Wilmking, Güterbahnhof Werkf. Tel. 106.

Stellen-Gesuche u. -Angebote
haben im „Aufwärts" sehr oft Erfolg.